



**TÄTIGKEITSBERICHT
2018**

Inhaltsverzeichnis

| | |
|---|----|
| ZUSAMMENFASSUNG | 1 |
| FÖRDERUNG VON INITIATIVEN VOR ORT UND UNTERSTÜTZUNG BETROFFENER RECHTER GEWALT..... | 3 |
| Projektförderung | 3 |
| Opferfonds CURA | 4 |
| OPERATIVE PROJEKTE IM EINZELNEN..... | 5 |
| Antisemitismus..... | 5 |
| Aktionswochen gegen Antisemitismus..... | 5 |
| ju:an | 5 |
| No World Order | 6 |
| Forum demokratische Kultur und zeitgenössische Kunst..... | 7 |
| Antifeminismus, GMF, Rechtspopulismus | 7 |
| Strukturprojekt – Fachstelle Gender, GMF und Rechtsextremismus | 7 |
| un_sichtbar..... | 8 |
| Institut für Demokratie und Zivilgesellschaft | 9 |
| Digitale Zivilgesellschaft | 9 |
| Belltower.News..... | 9 |
| debate//de:hate | 10 |
| Civic.net..... | 12 |
| #wildwildweb?! | 13 |
| Rassismus..... | 13 |
| Aktion Schutzschild..... | 13 |
| Auszeichnungen demokratischen Engagements..... | 14 |
| Sächsischer Förderpreis für Demokratie..... | 14 |

ZUSAMMENFASSUNG

Die Aufgabe der Amadeu Antonio Stiftung besteht weiterhin darin, zu ermutigen, zu beraten und zu fördern. Vor allem die **Förderung zivilgesellschaftlicher Initiativen vor Ort** ist dabei immer noch die zentrale Aufgabe der Stiftung hinsichtlich der Verteidigung der demokratischen Kultur. So ist sie eine wichtige Institution der Zivilgesellschaft in Deutschland geworden, die mit ihren zentralen Themen genau dort ansetzt, wo es die größten Unsicherheiten in der Auseinandersetzung mit der sogenannten Neuen Rechten gibt. Dies tut sie durch ihre operativen Projekte und durch die Förderung von Initiativen. Dabei arbeitet sie eng mit der Wissenschaft zusammen.

2018 förderte und unterstützte die Amadeu Antonio Stiftung 143 Projekte, Initiativen und Einzelpersonen mit einer Gesamtsumme in Höhe von 242.771,04 Euro. Dies umfasst den Opferfonds CURA für Betroffene rechter Gewalt, die Förderung über „MUT gegen rechte Gewalt“ und die allgemeine Projektförderung.

Mit ihren operativen Projekten konzentriert sie sich auf vier Bereiche: Antisemitismus; Rechtsextremismus/Rechtspopulismus, GMF und Gender; digitale Zivilgesellschaft; Rassismus.

1. Dass **Antisemitismus** ein großes Problem in Deutschland ist, gilt inzwischen als gesetzt. Hier hat sich gezeigt, dass die langjährige Beharrlichkeit der Stiftung an dieser Stelle wichtig und richtig war. In ihrer Analyse und Praxis hat die Stiftung das Thema Antisemitismus stets als Querschnittsaufgabe für alle Projekte betrachtet. Projekte der Stiftung, die sich unmittelbar mit Antisemitismus auseinandersetzen, sind:
 - Aktions- und Bildungswochen gegen Antisemitismus, Kampagnen und Bildungsveranstaltungen zu Antisemitismus
 - ju:an, mit rassismus- und antisemitismuskritischer Jugendarbeit
 - debate//de:hate, mit Monitoring zu Antisemitismus im Netz und der Analyse von antisemitischem, radikalisiertem Hass in speziellen Migrantengruppen
 - Forum demokratische Kultur und zeitgenössische Kunst, mit Analyse und Veranstaltungen zu Antisemitismus und Kulturpessimismus in Kunst und Kultur
2. Antifeminismus ist ein zentrales Kampfmittel der sogenannten Neuen Rechten geworden. Er symbolisiert die Strategie der Abkehr von der modernen Aufklärung, der Rationalität und der Gleichwertigkeit aller Menschen. Darüber hinaus ist er konkret gegen Frauen und geschlechtliche Vielfalt gerichtet. Die Themen **Rechtsextremismus/Rechtspopulismus, GMF und Gender** müssen daher immer zusammengedacht werden. Die Amadeu Antonio Stiftung arbeitet schon seit vielen Jahren dazu und ist deshalb gut auf die aktuelle Debatte eingestellt. Auch das Thema Gender wird in der Stiftung als Querschnittsthema verstanden. Im Zusammenhang mit Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit ist die Stiftung besonders aufmerksam, wenn selbst von Abwertungen betroffene Gruppen andere abwerten. Dies ist in der modernen Migrationsgesellschaft von hoher praktischer Relevanz. Die Projekte, die in diesem Bereich arbeiten, sind folgende:
 - Fachstelle Gender, GMF und Rechtsextremismus
 - un_sichtbar: Lesben und Schwule in Mecklenburg-Vorpommern

3. Die **digitale Zivilgesellschaft** braucht ebenso Unterstützung wie diejenigen, die offline handeln. In der digitalen Welt sind die Auseinandersetzungen härter, die Lügen und der Hass unverhohlener. Da die meisten Informationen und Kommunikationen heute online geschehen, ist die Arbeit im Netz für eine wehrhafte digitale Zivilgesellschaft von entscheidender Bedeutung. Noch nie haben so viele Menschen so viel miteinander kommuniziert wie heute. Die sozialen Netzwerke haben die Art der Kommunikation stark verändert. Dies birgt Chancen und Gefahren. Die Verbreitung von Hass, Hetze und Gewaltaufrufen ist eine davon. Der Zusammenhang von realer Gewalt und Hetze im Netz darf nicht ignoriert oder unterschätzt werden. Neben den Fragen, inwieweit dies strafrechtlich relevant sein kann und was Netzbetreiber*innen tun können, braucht es eine zivilgesellschaftliche Antwort auf diese Entwicklung. Die Amadeu Antonio Stiftung hat hier die längste Erfahrung im Bereich Rechtsextremismus, pädagogischer Ansprache im Netz, Analyse und Information. Ihr Ziel ist es nun auch, die Zivilgesellschaft ins Netz zu bringen. Der Rückzug oder die Skepsis gegenüber dem Web 2.0 gerade durch die Engagierten in der Gesellschaft, führen zu einer scheinbaren Dominanz rechtsextremer Narrationen und damit verbundener Verunsicherungen, die auch auf die Offlinewelt Auswirkungen hat. Dadurch entsteht ein Sog, der die Demokrat*innen in die Defensive drängt. Dem entgegenzuwirken ist eine wichtige Aufgabe der Amadeu Antonio Stiftung. Die Projekte in dem Bereich sind folgende:

- Belltower.News, journalistisches Internetportal
- debate//de:hate, Monitoring und pädagogische Intervention im Web 2.0
- Civic.net – Berliner Zivilgesellschaft in den sozialen Netzwerken
- #wildwildweb?! digitale Zivilgesellschaft in Niedersachsen

4. Seit ihrer Gründung beschäftigt sich die Stiftung mit **Rassismus**. Er ist wie Antisemitismus ein Querschnittsthema in allen Projekten. Mit dem Opferfonds CURA bzw. der Unterstützung von Opfern rechter Gewalt begann die Arbeit der Amadeu Antonio Stiftung im Jahr 1999. Die Spendenaktion Steinmetz war die erste öffentliche Aktivität der Stiftung. Alle folgenden Projekte wie auch der Stiftungsname selbst sind an erster Stelle dem Schutz von Betroffenen gewidmet. Die im weitesten Sinne pädagogische Arbeit gegen Rassismus folgt diesem Gedanken. Bereits vor dem Jahr 2015, als eine große Anzahl Geflüchteter nach Deutschland kam, gründete die Stiftung das Projekt Schutzschild. Es sollte sich um den Schutz der Flüchtlinge kümmern. Dies bezog sich nicht allein auf deren notwendigen Schutz vor Übergriffen, sondern auch um ihre Integration in den Regionen. Gerade in Ostdeutschland waren und sind Erfahrungsvermittlung und Beratung der Kommunen dringend notwendig. Darüber hinaus hat das Projekt Schutzschild in Mecklenburg-Vorpommern, Thüringen und im Austausch mit Schleswig-Holstein und Baden-Württemberg den Aufbau der Flüchtlingsselbstorganisationen und die strukturelle Einbeziehung von Migrantenselbstorganisationen in die Flüchtlingshilfe begonnen. Bisher ist die Stiftung eine der wenigen Organisationen, die systematisch darauf achten, die Expert*innen in Sachen Flucht und Migration, nämlich Geflüchtete und Migrant*innen, als gleichberechtigte Partner in die Beratung und Betreuung einzubeziehen. Die Projekte in dem Bereich sind folgende:

- Aktion Schutzschild
- Opferfonds CURA

Um alle diese Themen auch fundiert abzusichern, hat die Amadeu Antonio Stiftung ein außeruniversitäres wissenschaftliches Institut in Jena gegründet. Es flankiert die Stiftungsthemen mit eigenen wissenschaftlichen Studien, Erhebungen und Themenbereichen. **Das Institut für Demokratie und Zivilgesellschaft (IDZ)** ist nun auch Teil des „Instituts für gesellschaftlichen Zusammenhalt“, in dem die wichtigsten Forschungseinrichtungen Deutschlands zu diesem Themenkomplex zusammenarbeiten. Dies ist ein wichtiger Schritt der Stiftung. Sie wird damit selbst zur Trägerin wissenschaftlicher Expertise und eines exzellenten wissenschaftlichen Austauschs. Darüber hinaus kooperiert die Amadeu Antonio Stiftung mit einzelnen Wissenschaftler*innen und der wissenschaftlichen Begleitung zu ihren Projektthemen Gender, Rassismus und Antisemitismus.

Die Amadeu Antonio Stiftung konnte durch ihre Expertise im Berichtszeitraum wichtige Impulse zum gesellschaftspolitischen Diskurs liefern. Ihre Präsenz in den Medien und auf zahlreichen Veranstaltungen, Fortbildungen, Konferenzen und Interviews zeigt, wie ernst diese Expertise genommen wird und wie sehr sie den Diskurs beeinflusst. Insgesamt kann also festgestellt werden, dass die Amadeu Antonio Stiftung eine wichtige praktische und gesellschaftspolitische Funktion in der aktuellen Auseinandersetzung um die Zukunft und ihre Grundwerte einnimmt.

FÖRDERUNG VON INITIATIVEN VOR ORT UND UNTERSTÜTZUNG BETROFFENER RECHTER GEWALT

Projektförderung

Die Amadeu Antonio Stiftung förderte und unterstützte im Berichtsjahr 143 Projekte Initiativen und Einzelpersonen mit einer Gesamtsumme in Höhe von 242.771,04 Euro. Dies umfasst den Opferfonds CURA für Betroffene rechter Gewalt, die Förderung über „MUT gegen rechte Gewalt“ und die allgemeine Projektförderung. Um die Demokratie dauerhaft zu stärken, ist die Projektförderung ein wichtiges und zugleich starkes Instrument, die Macher*innen vor Ort und damit das zivilgesellschaftliche Engagement zu unterstützen. Vielfach setzen sich die Engagierten für den Schutz von Minderheiten, für die Umsetzung der Menschenrechte und für eine pluralistische Gesellschaft ein. Eine strategische Beratung sowie die Vernetzung mit weiteren Engagierten oder die Vermittlung von juristischem Rat begleitet auch die Projektförderung von lokalen Initiativen.

Am 10. November 2018 fand in Dresden die Konferenz der sächsischen Asyl-Initiativen statt. Auf der vom Sächsischen Flüchtlingsrat e.V. organisierten Tagung stand die Vernetzung verschiedenster Akteur*innen aus der Geflüchtetenarbeit in Zeiten massiver Gewalt gegen Geflüchtete im Fokus. Um diese Engagierten im gesamten Bundesland zu stärken, zu vernetzen und Kräfte zu bündeln, förderte die Amadeu Antonio Stiftung diese wichtige Tagung.

Schwerpunktmäßig wurden in diesem Jahr vor allem Projekte gefördert, die sich mit dem wachsenden Rechtspopulismus auseinandersetzen. So hat die Amadeu Antonio Stiftung einen Solidaritätsaufruf für Miteinander e.V. maßgeblich initiiert. Der Magdeburger Verein leistet unverzichtbare Präventionsarbeit gegen Rechtsextremismus und ist seit jeher ein enger

Partner der Stiftung. Für diese Arbeit ist der Verein ins Visier der AfD geraten: Die Partei diskreditiert den Verein, wo sie nur kann, und will die Arbeit von Miteinander e.V. beenden. Die Rechtspopulist*innen fordern, die Förderung der Arbeit durch Landes- und Bundesregierung einzustellen. Das würde das finanzielle Aus für das Netzwerk in Sachsen-Anhalt bedeuten und den Verein handlungsunfähig und mundtot machen. Und es geht darum, den Druck auf die Menschen zu erhöhen, die sich in den Initiativen engagieren. Hier hat die Stiftung gehandelt und mit einer Plakatkampagne in Magdeburg, verbunden mit einem Solidaritätsaufruf, zusammen mit verschiedensten zivilgesellschaftlichen Akteuren ein Zeichen im öffentlichen Raum gesetzt, um zu zeigen, dass diese Menschen nicht allein gelassen werden. Der Angriff gegen Miteinander e.V. ist ein Angriff auf unsere gesamte demokratische Gesellschaft. Die Kampagne gegen Miteinander e.V. reiht sich ein in zahlreiche Versuche der AfD, die Arbeit demokratiefördernder zivilgesellschaftlicher Initiativen und Vereine systematisch zu beschädigen, zu erschweren und zu beenden. Damit versucht die AfD nichts anderes, als die Demokratie von innen auszuhöhlen. Diesen Angriffen wird die Stiftung auch zukünftig entschlossen und geschlossen entgegentreten.

Opferfonds CURA

Mit dem Opferfonds CURA unterstützt die Amadeu Antonio Stiftung seit 2004 Betroffene rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt schnell und unbürokratisch mit finanziellen Mitteln. Ein weiteres wichtiges Anliegen ist die öffentliche Aufmerksamkeit für die Perspektiven von Betroffenen rechter Gewalt. Mit der Liste von Todesopfern rechter Gewalt liefert die Amadeu Antonio Stiftung seit Jahren eine wichtige Quelle in der öffentlichen und politischen Diskussion über das Ausmaß rechtsextremer Gewalt.

Durch die Zusammenstellung eines Beirats aus Vertreter*innen der Wirtschaft, Politik, Verwaltung, Justiz und Zivilgesellschaft wurde eine stadtweite Vernetzung erreicht, die eine tiefgreifende Verankerung des Opferfonds CURAs in der Berliner Stadtgesellschaft verspricht. Neben der Arbeit an der Berliner Kampagne wurden zum Beispiel eine Gedenkveranstaltung für den ermordeten Obdachlosen Eugeniu B. mitorganisiert, die eine große Aufmerksamkeit in der lokalen Umgebung und den sozialen Medien erreicht hat. Auch die eine aktive Beteiligung an einer Gedenkveranstaltung für den ermordeten Frank B. in Koblenz führte zu einer Vernetzung von lokalen Akteuren, die sich nun gemeinsam gegen Sozialdarwinismus in Koblenz und Umgebung engagieren.

In Berlin hat das Thema besondere Aktualität erhalten durch die seit mehreren Jahren anhaltende Anschlagsserie in Neukölln gegen Menschen, die sich gegen Rassismus und Rechtsextremismus engagieren. In diesem Kontext fördert der Berliner Senat im Jahr 2018 CURA explizit, um eine stadtweite Kampagne zu entwickeln. Diese soll die öffentliche Aufmerksamkeit auf das Thema rechte und menschenverachtende Übergriffe lenken. Im zweiten Schritt soll es 2019 um die Aktivierung der Berliner Stadtgesellschaft dazu gehen, sich gegen rechts zu engagieren und mit Betroffenen durch eine Spende für den CURA-Opferfonds zu solidarisieren. Zeichen der Solidarität sind besonders wichtig für jene, die rechte Bedrohungen und Angriffe als erstes und oft sogar am eigenen Leib zu spüren bekommen.

OPERATIVE PROJEKTE IM EINZELNEN

Antisemitismus

Aktionswochen gegen Antisemitismus

Die Aktionswochen gegen Antisemitismus finden seit 2003 jährlich im Herbst statt. Die kontinuierliche Unterstützung von Initiativen bundesweit führte dazu, dass sich die Aktionswochen mittlerweile als Marker gegen Antisemitismus etabliert haben. Erstmals in 2018 akquirierte die Amadeu Antonio Stiftung eine umfangreiche Finanzierung der Aktionswochen. Antisemitismus auf den Schulhöfen, in sozialen Netzwerken und auf der Straße in Form von Sprache, Stereotypisierung, Diskriminierung und körperlichen Angriffen führten zu einer erhöhten Aufmerksamkeit, auch seitens des BMFSJ. Die Amadeu Antonio Stiftung ist dort als zentrale und kompetente Ansprechpartnerin bekannt.

Die Bildungs- und Aktionswochen gegen Antisemitismus werden von der Amadeu Antonio Stiftung organisiert, seit 2016 in Kooperation mit dem Anne Frank Zentrum. Gemeinsam mit über 500 Partnerorganisationen wurden seit 2003 an mehr als 200 Orten fast 3.000 Veranstaltungen durchgeführt, in denen eine Auseinandersetzung mit historischen und aktuellen Formen des Antisemitismus und geeigneten Gegenstrategien stattfanden. Auch in diesem Jahr werden wieder bundesweit verschiedenste Veranstaltungsformate (neben Schulungsangeboten wie Workshops, Seminaren und Vorträgen auch künstlerische Auseinandersetzungen, Führungen, Mahnspaziergänge, Lesungen und Begegnungen von Jüd*innen und Nichtjüd*innen) im Rahmen der Aktionswochen stattfinden. 2018 wurde eine dreistellige Anzahl an Veranstaltungen durchgeführt.

Erstmals seit 15 Jahren kann die Stiftung umfangreich gegen Antisemitismus und seine oben beschriebenen Ausprägungen agieren. Nicht zuletzt konnten die Mittel der institutionellen Förderung durch die Freudenberg Stiftung als Eigenmittel eingesetzt werden. Zudem fördert das BMFSFJ die Aktionswochen.

ju:an

Jugendliche, die in der Schule nicht erreicht werden, suchen sich oft in Jugendclubs Bezugspersonen, zu denen sie Vertrauen entwickeln und die ihnen Orientierung geben. Daher ist es zentral, Sozialpädagog*innen, Erzieher*innen und andere Fachleute dabei zu unterstützen, eine rassismus- und antisemitismuskritische Haltung zu entwickeln und sich selbst Wissen zu diesen und anderen Diskriminierungsformen anzueignen.

Die „ju:an“-Praxisstelle arbeitet daher mit den Fachkräften der Offenen Kinder- und Jugendarbeit (OKJA), um Antisemitismus- und Rassismuskritik als Querschnittsthema der OKJA zu verankern. Das Projekt bietet Beratungen und Fortbildungen für Pädagog*innen an, um Strategien, Konzepte und Instrumente aufzuzeigen und dabei zu unterstützen, sie in den Praxisalltag zu integrieren.

Aus den Rückmeldungen der Sozialpädagog*innen, Erzieher*innen und anderer Fachkräfte erfahren wir, dass sich durch die Arbeit mit ju:an der Blick der Teilnehmenden auf „ihre“ Jugendlichen verändert und sie sich mehr für ihre Hintergründe und ihre individuelle Situation interessieren.

Sehr oft werden Kolleg*innen für einen Folgeworkshop angefragt oder an andere Einrichtungen und Träger weiterempfohlen. Der enge Kontakt zu Fachkräften und die guten Erfahrungen mit Multiplikator*innen helfen dabei, Antisemitismus- und Rassismuskritik langfristig in die Strukturen und Ausbildungscurricula zu integrieren.

Ein Landesinstitut für Schulentwicklung entwickelt Handreichungen für Schulleitungen und Lehrer*innen zum Umgang mit Antisemitismus in der Schule. Die jüngste ju:an-Broschüre „Läuft noch nicht? Gönn dir: 7 Punkte für eine Jugendarbeit gegen Antisemitismus“ überzeugte die Verantwortlichen so sehr, dass ein komplettes Kapitel in ihre Handreichung übernommen wird – selbstverständlich mit ju:an und der Amadeu Antonio Stiftung als Quellenangabe. Bei einer Veranstaltung erzählte ein Schulsozialarbeiter, dass sich an seiner Schule Jugendliche häufiger antisemitisch äußerten. Seine Erwartung sei, Argumentationshilfen gegen antisemitische Sprüche zu bekommen. Die Referentin legte den Fokus jedoch auf die Selbstreflexion und das Problem der Verinnerlichung verbreiteter antisemitischer Vorstellungen. Ein paar Wochen später traf unsere Mitarbeiterin den Sozialarbeiter wieder. Da erzählte er, dass er durch die Fortbildung verstanden habe, dass das eigentliche Problem gar nicht die Kinder und Jugendlichen seien, sondern vielmehr unter den Kolleg*innen bestehe. Es sei notwendig, sich innerhalb des Kollegiums mit Antisemitismus zu beschäftigen und eine gemeinsame Haltung zu entwickeln. Daher habe er nun mit ein paar Lehrkräften eine Arbeitsgruppe zu Antisemitismus gegründet.

No World Order

Das Projekt ist eines der ersten, welche das Thema „Verschwörungstheorien“ konstant bearbeitet. Es reagiert auf die zunehmende Diskursheftigkeit verschwörungsideologischer und antisemitischer Äußerungen und zielt darauf ab, über die Gefahren von Verschwörungsideologien, Souveränismus („Reichsbürger“) und Antisemitismus aufzuklären. Um Handlungsoptionen zu vermitteln, wird kostenloses Bildungsmaterial erstellt, Vorträge gehalten und besonders Multiplikator*innen der Bildungsarbeit für eine Auseinandersetzung in Workshops fortgebildet.

Im Themenfeld Souveränismus und „Reichsbürger“ wird das Projekt aus wissenschaftlicher und journalistischer Perspektive als führende zivilgesellschaftliche Informationsstelle Deutschlands wahrgenommen, was sich in der steigenden Anzahl von Zitaten, Artikel- und Interviewanfragen zeigt. So konnte das Projekt durch seinen Einfluss auf zivilgesellschaftliche, aber auch staatliche Akteure die Aufmerksamkeit für diese Themen auf das zumeist vernachlässigte Verhältnis zum Antisemitismus lenken. Besonders im Bereich Souveränismus greifen staatliche Akteure die Erkenntnisse des Projekts auf und berücksichtigen sie in ihrer Analyse.

Alle Publikationen von „No World Order“ sind stets innerhalb kürzester Zeit vergriffen und werden als Downloads kontinuierlich über die Webseite der Amadeu Antonio Stiftung heruntergeladen. Das Material überzeugte auch die Berliner Landeszentrale für Politische Bildung, die in Kürze auf Basis der vorhandenen Stiftungsmaterialien eine Pocket-Handreichung zum Thema Reichsbürger mit der Amadeu Antonio Stiftung als Mitherausgeberin veröffentlichen wird.

Forum demokratische Kultur und zeitgenössische Kunst

Der Umstand, dass neurechte Bewegungen ihren Kulturbegriff zentral in ihrer Politik positionieren, muss darin münden, die politische und ästhetische Selbstpositionierung von Kunst und Kultur verstärkt zu hinterfragen. Hier soll das „Forum demokratische Kultur und zeitgenössische Kunst“ eine aktive Rolle einnehmen und mittelfristig zu einer wichtigen Stimme in den Kunst- und Kulturdiskursen werden. Denn gerade in der Kunst- und Kulturlandschaft finden sich für neurechte Akteur*innen anschlussfähige Haltungen. Das Forum für demokratische Kultur und zeitgenössische Kunst wurde als Kooperation der Amadeu Antonio Stiftung und der Forschungsgruppe Modellprojekte e. V. (FGM) im Frühjahr 2018 ins Leben gerufen. Es wurde für den Zeitraum Mai bis Dezember 2018 eine achtmonatige Entwicklungsphase verabredet, die von der Stiftung gefördert wird.

In der Novemberausgabe des art-Magazins fand sich bereits das erste Interview zur Vorstellung des Forums. Im November 2018 wurde im Neuen Berliner Kunstverein (n.b.k.) eine Tagung des Forums zum Thema „Antisemitismus als Kontinuität kulturpessimistischer Weltbilder“ veranstaltet. Der Studiengang „Kulturen des Kuratorischen“ an der Leipziger Kunsthochschule hat das Forum für Januar 2019 für einen Vortrag und Workshop eingeladen.

Das Forum wird Vorträge und Workshops an Kunsthochschulen und Akademien anbieten sowie Konferenzen zur politischen Lage der Kunst in Zusammenarbeit mit Kunst- und Kulturinstitutionen veranstalten. Auf der Internetseite (www.forum-dcca.eu) und in der Presse werden kritische Beiträge zu Ausstellungen, Veranstaltungen und aktuellen Entwicklungen in der Kunst mit Fokus auf die politischen und ästhetischen Überschneidungen zu neurechten Haltungen und Ideologien veröffentlicht. Auch der Einfluss rechtsextremer Strömungen auf die Kunst- und Kulturlandschaft soll besser wahrgenommen und verstanden werden. Besonders wichtig ist, dass durch die zukünftigen on- und offline-Veröffentlichungen und Veranstaltungen ein aufgeklärter Umgang mit antizionistischen Positionen in der Kunst ermöglicht wird. Das Forum adressiert vor allem relevante Akteur*innen aus der Kunst und Kultur, Verantwortungsträger*innen aus Politik, Kultur und Medien sowie Interessierte und Engagierte aus dem Umfeld der Arbeit gegen Antisemitismus und Rassismus.

Antifeminismus, GMF, Rechtspopulismus

Strukturprojekt – Fachstelle Gender, GMF und Rechtsextremismus

Die Fachstelle Gender, GMF und Rechtsextremismus erarbeitete mit der BAG kommunaler Frauenbüros und Gleichstellungsstellen die Handreichung „Antifeminismus als Demokratiegefährdung?! Gleichstellung in Zeiten von Rechtspopulismus“. Die stark gestiegenen Anfeindungen werden erstmals mit der Broschüre öffentlich gemacht.

Die Fachstelle erarbeitete im Auftrag der Friedrich-Ebert-Stiftung die Länderfallstudie zu Frauen und Geschlechterbildern in (extrem) rechten Parteien in Deutschland für die Publikation „Triumph der Frauen – The Female Face of the Far Right in Europe“. Die Studie vergleicht die jüngsten Entwicklungen in sechs EU-Staaten und ist auf Deutsch und Englisch erschienen.

Die entwickelten Gegenstrategien zu Antifeminismus stoßen auf große Resonanz und bundesweites Interesse. Der Beratungs- und Austauschbedarf steigt zunehmend. Es gibt bereits zahlreiche Anfragen, um regionalspezifische Handlungsstrategien zu entwickeln.

Die Konferenz „Handeln gegen Rechtspopulismus, Antifeminismus und Menschenfeindlichkeit“ der Fachstelle im Oktober 2018 hatte zum Ziel, die Vernetzung zu stärken und die Handlungsstrategien gemeinsam zu erweitern.

Die Erfahrungen aus den Schulungs- und Beratungsprozessen werden als zentraler Bestandteil in die Entwicklung von Qualitätsstandards zu geschlechterreflektierender Arbeit und GMF in der Praxis herangezogen, die zum Abschluss des Projekts 2019 veröffentlicht werden.

Stimmen der Akteure vor Ort: „Ich bin durch Eure Analyse in der Handreichung und den Vortrag zu Antifeminismus aufgeklärt und inspiriert worden. Ich werde mich zusammen mit den Kolleginnen in meiner Kommune nun beraten, wie wir die rassistische Hetze unter dem Deckmantel der Frauenrechte stoppen können.“ „Verbalattacken von Rechtspopulisten in unserem Trägerverein machen mich immer wütend und sprachlos. Dank Eures Workshops bin ich nun über Gesprächsstrategien und antifeministische Erzählweisen aufgeklärt und weiß viel besser, wie ich mich dagegen wehren kann.“

un_sichtbar

Es wird deutlich, dass die thematische Arbeit zu Lesben, Schwulen und Trans* (LST*) in ganz Deutschland zu wenig in ihrer Tiefe präsent ist. Das Arbeiten gegen die strukturelle Unsichtbarmachung von LST*-Personen trifft auf große Widerstände. Das Leben, die Widerstände und Kämpfe von LST*-Personen als einen wichtigen Teil von Geschichte und Gegenwart anzuerkennen, ist das Ziel von Lola für Demokratie in Mecklenburg-Vorpommern. Mit dem gemeinsamen Projekt „un_sichtbar“ wurde die 2018 eröffnete Ausstellung „WIR* HIER! Lesbisch, schwul und trans* zwischen Hiddensee und Ludwigslust“ konzipiert, um diese Leerstelle zu füllen. Seitdem tourt die Ausstellung mit einem Begleitprogramm von Diskussionen, Lesungen und Projekttagen mit Jugendlichen durch das Bundesland.

Gerade in ländlichen Räumen sind LST*-Personen häufig isoliert. Die Ausstellung mit ihrem Begleitprogramm hilft, dies zu verändern. Durch die Stärkung lokaler Initiativen und den Ausbau der Vernetzung verbessert sich die Situation lokaler Partner*innen. Die öffentlichen Orte, an denen die Ausstellung zu sehen ist, nehmen die Ausstellung positiv wahr und kommen so in Kontakt mit LST*-Geschichte(n) und Lebensrealitäten. Dadurch, dass die Ausstellung in jeder Stadt an einem öffentlichen Ort zu sehen ist, gibt es viel Laufpublikum, das zufällig die Ausstellung bemerkt und begeistert ist. Gerade Menschen, die gezielt in die Ausstellung gehen, loben, dass so viele LST*-Personen selbst zu Wort kommen und das durch die selbstverständliche Erzählung von bspw. lesbischen Lebensgeschichten ihre Sichtbarkeit und so Akzeptanz erhöht wird.

Durch das Erzählen von Biographien verschiedener Persönlichkeiten aus Geschichte und Gegenwart wird in der Ausstellung konkret ein Gesellschaftsbild gezeigt, das LST*-Lebensweisen als selbstverständlich annimmt und sich nicht an homo- und trans*feindlichen Narrativen abarbeitet. Dadurch werden LST*-Personen empowert, ihre Perspektiven gestärkt und zugleich ein Zeichen in Richtung Mainstream gesetzt: Vielfalt ist nicht nur real, sondern bedeutet auch mehr Freiheit für alle.

Institut für Demokratie und Zivilgesellschaft

Die wissenschaftliche Auseinandersetzung mit Diskriminierung, menschenfeindlicher Gewalt sowie weiteren demokratiegefährdenden Prozessen ist anhaltend von großer gesellschaftspolitischer Relevanz. Das Institut für Demokratie und Zivilgesellschaft (IDZ) fokussiert auf den Erkenntnisgewinn und -transfer zur Stärkung der demokratischen Kultur und der Zivilgesellschaft in Thüringen und dank erfolgreich akquirierter Drittmittel auch bundesweit. Dies wird erreicht durch menschenrechtsorientierte, partizipative und öffentliche Forschungs- und Transferarbeit mit dem Ziel der Versachlichung von Konflikten und Diskursen.

Das IDZ hat im Auftrag von Campact e.V. die Studie: #Hass im Netz – der schleichende Angriff auf unsere Demokratie veröffentlicht. Die auf einer repräsentativen Umfrage in Hessen basierende Untersuchung ist bundes- und landesweit die erste ihrer Art. 2018 wurden eine dreistellige Anzahl an Presseanfragen beantwortet bzw. Interviews gegeben sowie insgesamt 30 Mal an Workshops, Vorträgen, Podiumsdiskussionen u.ä. teilgenommen. Auch die Veranstaltungen des IDZ werden gut angenommen. So nahm bspw. am Fachaustausch zu Rechtsrockkonzerten im Juni 2018 neben der Spitze der Thüringer Polizei auch der Thüringer Minister für Inneres und Kommunales teil. Die am 20./21.09. ausgerichtete internationale Tagung zum Thema „Gewalt gegen Minderheiten. Perspektiven und Strategien zum Umgang mit Hasskriminalität“ war weit überbucht.

Das überdurchschnittliche Abschneiden einer rechtspopulistischen und teilweise rechtsextremen Partei bei den Bundestagswahlen 2017 belegt eindrücklich die anhaltend hohe Bedeutung von Ursachenforschung, kritischer Auseinandersetzung sowie von öffentlicher Gegenrede.

Das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) hat den Aufbau eines „Instituts für gesellschaftlichen Zusammenhalt“ bekannt gegeben. Das IDZ ist hierfür als eine von insgesamt elf Einrichtungen bundesweit ausgewählt worden.

Digitale Zivilgesellschaft

Belltower.News

„Belltower.News – Netz für digitale Zivilgesellschaft“ berichtet als journalistisches Internetportal über Rechtsextremismus, Rechtspopulismus, Rassismus, Antisemitismus und Islamfeindlichkeit – schwerpunktmäßig in Deutschland. Demokratieengagierte können sich hier informieren und Argumentationshilfen für ihre Arbeit finden. Schwerpunkte 2018 waren die Verflechtungen von Rechtspopulismus und Rechtsextremismus und Hass im Internet mit Schwerpunkt auf der „Identitären Bewegung“ und der Gamification von Hass (Reconquista Germanica, Meme Wars). Belltower.News ist die größte journalistische Website zu diesen Themengebieten und wird als solche geschätzt. Für das News-Portal interessieren sich Menschen, die sich erstmals mit diesen Themen auseinandersetzen, Schüler*innen, Student*innen und Expert*innen, die auf dem Laufenden bleiben wollen.

Täglich veröffentlicht Belltower.News eine Presseschau und zwei bis drei selbst recherchierte Artikel. Das News-Portal beantwortet Leser*innen- und Presse-Anfragen. Zudem geben die Journalist*innen Workshops und Webinare zu Rechtspopulismus, Rechtsaußen-, Sprach- und Medienstrategien und dem Umgang mit Hate Speech im medialen Kontext. Aktuell liegt das Hauptaugenmerk auf der Einordnung und Analyse des Geschehens: Was sagen Rechtspopulist*innen, was meinen sie? Wer steht bei den Demonstrationen etwa in Chemnitz oder Köthen gemeinsam auf der Straße, und was sagt das über die Verflechtungen der einzelnen Szenen aus?

Belltower.News besuchen monatlich im Schnitt 65.000 Menschen, die im Schnitt pro Monat 140.000 Artikel lesen. Auf Facebook erreicht das News-Portal 117.500 Menschen, auf Twitter 24.000 und bei Instagram 4.500. Beliebteste Themen sind: die Presseschau, Internet- und jugendaffine Themen („Dorian der Übermensch“, IB-Aussteiger berichtet, „Vulgäre Analyse“), Erklär-Texte („Was ist Antisemitismus?“), rechtsextreme Symbole und Codes, rechtsextreme Bands und Liedermacher, Zahlen zu Rechtsextremismus in Deutschland. Journalist*innen von Belltower.News werden selbst als Expert*innen in der Presse etwa zwei Mal pro Woche interviewt und zitiert, etwa ein Fernseh-Interview auf n-tv zu den Attacken auf Migrant*innen in Cottbus (Jan 2018), „A German Far-Right Group Aids Syrian Refugees – To Stop Them From Reaching Europe“ (US-Radio WUMK, Sep. 2018), „Was du tun kannst, wenn Freunde oder Kollegen Nazi-Kleidung tragen?“ (Bento, Jan. 2018), „Wie rechte Internetaktivisten europäische Wahlen beeinflussen“ (Handelsblatt, April 2018).

Mit den großen sozialen Netzwerken Facebook („Online Civil Courage Initiative“), Google/YouTube und Twitter arbeiten Belltower.News und das de:hate-Monitoring weiterhin gut zusammen, wenn es um die Entwicklung neuer Lösungen im Umgang mit Hate Speech geht. Auch in der Nachfolgerunde der „Task Force gegen Hate Speech“ des Bundesjustizministeriums, dem „Zukunftsdialog“, ist Belltower.News wieder vertreten.

debate//de:hate

Die Ergebnisse des de:hate-Monitorings fließen in die pädagogische Arbeit von **debate//**. Wie das Monitoring zeigt, findet heute die Sozialisation und Identitätsbildung Jugendlicher oftmals über soziale Plattformen im Netz statt. Rassistische und demokratiefeindliche Positionen können hier eine unausgereifte Positionierung junger Menschen bestätigen, festigen oder sogar verändern. **debate//** reagiert auf pädagogischer Ebene auf diese Entwicklung mit Information, Sensibilisierung und Befähigung.

Im letzten Jahr wurde ein starker Rückgang der Nutzung von Facebook durch Jugendliche und junge Menschen beobachtet. Daher verlagerte **debate//** 2018 den Schwerpunkt der Digital Streetwork auf andere Foren, wie beispielsweise gutefrage.net. Ziel ist hierbei, dem Hass mit alternativen und positiven Narrativen zu begegnen und damit zur Aufklärung von Desinformationen beizutragen.

In One-to-One Interaktionen stößt **debate//** konkrete Prozesse der Deradikalisierung an. Ein nächster Schritt ist eine Übertragung der Erkenntnisse in Strukturen, beispielsweise durch die Formulierung von pädagogischen Standards im Sozialarbeiter*innen-Kontext.

Ein entscheidender Erfolg von **debate//** liegt darin, zentrale Partner*innen für das Thema sensibilisiert zu haben. Die Erkenntnis einer strukturierten Bearbeitung der digitalen Sozialarbeit als neues Arbeitsfeld ist angekommen. Durch angebotene Workshops, Vorträge,

Fortbildungen und Beratungssequenzen gelang es, Teilnehmende und Interessent*innen ein Bewusstsein für die Wichtigkeit demokratischer Debattenkultur zu vermitteln. Häufigste Rückmeldung ist, dass das Selbstbewusstsein dafür deutlich wächst, sich künftig in Diskussionen einzumischen und menschenfeindliche Inhalte nicht unwidersprochen stehen zu lassen.

debate// führte 28 Workshops durch, teilweise gekoppelt mit Vorträgen zu Fachkonferenzen. Multiplikator*innen aus der Kinder- und Jugendarbeit nutzen die Gelegenheit, ihre Fachkompetenz zu der Digital Streetwork zu erhöhen. Zudem wird zum Frühjahrsempfang 2019 eine eintägige Schulung durchgeführt, bei der debate// Teilnehmer*innen das Manual „Digital Streetwork“ vorstellen und mit ihnen einüben wird.

de:hate betreibt qualitatives und quantitatives Monitoring von menschenverachtenden Phänomenen wie Hate Speech in sozialen Netzwerken. Dabei ordnet und dekodiert de:hate insbesondere die unterschweligen Strategien, Erzählungen und die Bildsprache der extremen und Neuen Rechten im Netz. Aus den Erkenntnissen werden Handlungsempfehlungen für die digitale Zivilgesellschaft entwickelt – insbesondere für Politik und Plattformbetreibende.

In den rechtsextremen sozialen Netzwerken dominiert derzeit die Erzählung eines drohenden Untergangs Deutschlands, der für viele nur mit einem Bürgerkrieg abzuwenden ist. Gleichzeitig soll die gesellschaftliche Mitte durch eine emotionale Themenansprache für Geschichten und Begriffe gewonnen werden, die Menschenfeindlichkeit und Abwertung in sich tragen und dann als „normalisiert“ und „sagbar“ erscheinen. Neue, psychologisch fundierte Antworten auf diese mitunter wahnhaften Vorstellungen werden in diesem Jahr in den Monitoringbericht einfließen.

Kanäle, die ihre Falschinformationen und menschenverachtende Ideologie nahezu unwidersprochen verbreiten können, erreichen über YouTube eine sehr starke Wirkung. In den Tagen nach den Demonstrationen in Chemnitz wurden in den ersten zehn Suchergebnissen der Plattform fast durchgehend nur entsprechende Videos angezeigt. Ein Video des Rechtsextremisten Chris Ares war für vierzehn Stunden Nummer eins in den „Trends“ der Seite und konnte dadurch über 500.000 Aufrufe verzeichnen. Da sich heutzutage gerade Jugendliche vermehrt auf dieser Plattform über Politik informieren, ist dies oft der erste Kontakt mit dieser Ideologie. Durch die gegebenen Interviews im Rahmen der Berichterstattung über Chemnitz und weiterführende Gespräche mit Google reagierte die Plattform jedoch und führte auch in Deutschland, als zweitem Land weltweit, ein bereits seit März in den USA getestete neues Feature ein. Dadurch werden bei aktuellen Ereignissen in Zukunft in der Suchleiste von YouTube zuerst Videos von vertrauenswürdigen Medien angezeigt und die Verbreitung und der Erstkontakt zu menschenverachtender und demokratiefeindlicher Ideologie deutlich erschwert. Auf die Ergebnisse des Monitorings verwiesen im Rahmen der Berichterstattung zu Chemnitz viele Medien, u.a. Frontal 21, FAS, WELT, Deutschlandfunk und die Deutschen Welle.

Die Amadeu Antonio Stiftung ist mit de:hate und Belltower.News ein starker Partner von Plattformbetreibenden. de:hate führt Beratungsgespräche zum Umgang mit Hate Speech und bei der Aktualisierung von Community Standards. Die Stiftung ist über de:hate Trusted Flagger auf unterschiedlichen Plattformen.

Kooperationspartner wie die OCCI, zivilgesellschaftliche Schirmorganisationen wie EGAM, Plattformbetreibende und die handelnde Politik nutzen die Ergebnisse des Monitorings, um über Hate Speech aufzuklären und zu sensibilisieren.

Die Priorität eines dezidierten Monitorings zeigte sich während der Ereignisse in Chemnitz wieder sehr deutlich. Nur durch die bisherige intensive Arbeit zu Strukturen, Vernetzungen und verwendeten Plattformen, konnte die schnelle Mobilisierung nicht nur erklärt, sondern auch belegt werden.

Menschenverachtende Erscheinungsformen im Netz sind kein statisches Phänomen, sondern stetig im Wandel. Dies gilt für die Zielrichtung, die Ausdrucksform und ihre Vernetzung untereinander. Es bedarf daher einer Instanz, die diese Phänomene kontinuierlich beobachtet, analysiert und einordnet. Verständnis ist immer der erste Schritt für einen Lösungsansatz. de:hate liefert dieses Verständnis.

Civic.net

Das zivilgesellschaftliche Engagement vieler Verbände, Vereine und Initiativen mit ihren Erfolgen, Ideen und Projekten für eine demokratische Kultur ist bisher im digitalen Raum unterrepräsentiert. Auch 2018 fehlte es an einer digitalen Zivilgesellschaft, die auch in den sozialen Medien für demokratische Werte streitet und sich konsequent gegen Hate Speech, Fake News und Verschwörungserzählungen stellt.

Neben den positiven Rückmeldungen, die uns immer wieder nach Workshops erreichen, unterstreicht auch die erfolgreiche Zusammenarbeit mit einflussreichen Gruppen und Organisationen die Effektivität unserer Arbeit. So haben wir eine Partei und ihre Jugendorganisation in einem Workshop zu Shitstorms und rassistischer Kampagnenführung fortgebildet. Ungewöhnlich lang sahen sich die Sozialdemokraten einem Hass-Sturm im Netz ausgesetzt, nachdem sie zu einer Demonstration gegen Rechtspopulismus in Berlin aufgerufen hatten. Nach der Fortbildung durch unser Team konnten sie die entsprechenden Dynamiken und Entwicklungen der vorangegangenen Wochen besser einsortieren und verstehen, aber auch Methoden erlernen, um präventiv einem möglichen nächsten Shitstorm vorzubeugen. Neben dem modular aufgebauten Weiterbildungsangebot sorgte Civic.Net mit organisierten Vernetzungstreffen, Vorträgen und eigenen Veröffentlichungen dafür, dass Thema digitale Zivilgesellcourage in verschiedene gesellschaftliche Bereiche hineinzutragen. So wurde zusammen mit der Berliner Landeszentrale für politische Bildung die Pocket-Handreichung „Hate Speech und Fake News – Fragen und Antworten“ veröffentlicht. Diese ist bei einer Auflage von 10.000 Exemplaren nahezu vergriffen und wurde auch in den Berliner Bezirksämtern ausgelegt.

Neben der Vermittlung eines grundsätzlichen Verständnisses für die Nutzung Sozialer Medien hat Civic.net verschiedenen Initiativen, Verbänden und Organisationen unter anderem im Umgang mit kampagnenartigen Shitstorms oder in der Entwicklung von eigenen Positionen fortgebildet. Die Rückmeldung der Teilnehmenden im Anschluss an die jeweiligen Workshops betont, wie wichtig dieses Weiterbildungsangebot im Berliner Raum ist.

In Anbetracht der großen Nachfrage nach Fort- und Weiterbildungsangebot durch Civic.net wird es auch in Zukunft unausweichlich bleiben, zentrale Debatten in den Sozialen Medien zu erfassen und Handlungsstrategien zu entwickeln. Nur so können Civic.net und die Amadeu Antonio Stiftung die demokratische Zivilgesellschaft in das Netz bringen und rassistischen und menschenverachtenden Einstellungen im Netz zukunftsorientiert entgegenwirken.

#wildwildweb?!

Durch die Arbeit von #wildwildweb?! ist das Thema Hass im Netz und Umgang mit Social Media in Niedersachsen in der Aufmerksamkeit von Zivilgesellschaft, Verwaltung und Polizei weiter nach oben gerückt. Das Projekt unterstützt zivilgesellschaftliche Akteure des Bundeslands im Umgang mit Hass im Netz durch Beratung, Hilfe bei der Konzeptentwicklung, Workshops und Vorträgen. Dabei zeigt sich eine Unsicherheit der Akteur*innen, wie auf negatives Verhalten in Social Media reagiert und wie mit strafrechtliche Relevantem umgegangen werden kann.

Die Resultate der anfängliche Vernetzungsarbeit zeigten sich in der zweiten Jahreshälfte. Hauptsächlich wurde #wildwildweb?! von zivilgesellschaftlichen Initiativen oder Institutionen angefragt. Einer der wichtigsten Partner war die Landeszentrale für politische Bildung in Niedersachsen, welche die Arbeit von #wildwildweb?! gegenüber der Bundeszentrale für politische Bildung und der Landtagspräsidentin Niedersachsens positiv hervorhob.

Teilnehmende aus Workshops haben angefangen, eigene Strategien zum Umgang mit Hass im Netz zu entwickeln und umzusetzen. Beispielsweise hat der Landesjugendring Niedersachsens Kriterien festgelegt, wie sie ihre Facebook-Seiten moderieren wollen und wie und was an die Polizei weitergegeben wird. Der Landesjugendring empfiehlt seither allen seinen Mitgliedsorganisationen #wildwildweb?! mit Nachdruck weiter.

Rückmeldungen nach Workshops und Vorträgen waren durchweg positiv. Teilnehmer*innen sagten, dass sie sich danach gut gewappnet fühlen, Hass im Netz entgegen zu treten. Anfragen nehmen stetig zu, auch für 2019 stehen bereits mehrere Termine im Raum. Gleichzeitig ist die Fortführung des Projektes für das kommende Jahr noch nicht gesichert, da die Mittel des Förderers für 2019 noch nicht verfügbar sind und eine alternative Finanzierung bisher nicht gefunden werden konnte.

Rassismus

Aktion Schutzschild

Aktion Schutzschild reagiert auf die Entwicklung steigender rassistischer Hetze und Gewalt gegen Geflüchtete. Seit 2016 unterstützt das Projekt Betroffene von Gewalt in der Selbstorganisation, beispielsweise durch die Gründung von Vereinen und Interessensvertretungen und die Vermittlung von Finanzmitteln. Gleichzeitig werden Gespräche zwischen zivilgesellschaftlichen Akteuren, Politik und Verwaltung auf kommunaler und landespolitischer Ebene organisiert, um die Bedarfe der Geflüchteten- und Migrant*innenselbstorganisationen zu vermitteln. So sorgt Aktion Schutzschild für die Schaffung neuer Netzwerke für die intersektionale Zusammenarbeit gegen gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit auf lokaler und landespolitischer Ebene.

Die Angebote von Schutzschild nutzten Migrant*innenselbstorganisationen und -initiativen bundesweit sowie ihre Netzwerke, zivilgesellschaftliche Netzwerke und Vereine sowie Verwaltung und Politik.

Die Unterstützung durch Aktion Schutzschild als unabhängiger zivilgesellschaftlichen Akteur, der deutlich für eine demokratische Kultur eintritt, machte für Prozesse der Integration einen entscheidenden Unterschied. Wenn nahezu immer ehrenamtlich arbeitende Akteur*innen auf sich alleine gestellt sind, mangelnde Sprachkenntnisse oder struktureller Rassismus unüberwindliche Hürden bedeuten, bedarf es einer vermittelnden dritten Partei, die eine politische Übersetzung gestaltet und Zugänge überhaupt erst ermöglichen kann.

In 15 Beratungsgesprächen, 20 Vorträgen und vier Unterstützungen zur Vereinsgründung engagierte sich Aktion Schutzschild 2018. Vier Migrant*innenselbstorganisationen konnten durch die Vermittlung einer Finanzierung gestärkt werden. Geflüchtete und Migrant*innen machten deutlich, dass sie ohne Aktion Schutzschild diese Prozesse nicht hätten in Gang setzen können. Gleiches gilt für die partnerschaftlich arbeitenden Verwaltungen und bundesweiten Netzwerke: Sie betonen, dass ohne die vermittelnde Rolle von Aktion Schutzschild ein Kontakt zu den lokalen Personen, Initiativen und Vereinen nicht hätte stattfinden können. Die Erfolge sind bahnbrechend: neu gegründete Vereine, Finanzierungen, die über Landes- und Bundesmittel laufen und eine Unabhängigkeit garantieren sowie neue Orte der Begegnung, die in Selbstverantwortung bespielt werden und dadurch den öffentlichen Raum nachhaltig verändern und pluralisieren. Beispielsweise ein Frauen-Café, in dem geflüchtete Frauen aus den umliegenden Unterkünften direkt in der Mitte des Bezirks gemeinsam mit Nachbarschaftszentrum und Anliegern die Innenstadt mit Veranstaltungen und Aktivitäten neu beleben. Über allem steht jedoch das dadurch immer stärker werdende Selbstbewusstsein der Neueingewanderten, sich thematisch und politisch einzubringen.

Die Folgen unzureichender Integrationsbemühungen führen zu gesellschaftlichen Folgeproblemen: tiefe Bindungslosigkeit von Eingewanderten an die neue Gesellschaft, die im schlimmsten Fall zu Radikalisierung, Psychiatrisierung und Suizid führen kann.

Vor allem Kinder leiden unter nicht abschätzbaren Folgen. Betroffene Personengruppen müssen gestärkt werden, um Mut für empathische und lösungsorientierte Teilhabevorschläge machen zu können. Die dafür nötigen Bedingungen konnte Aktion Schutzschild bereits in vielen Fällen vor Ort schaffen und zudem weitere Partnerschaften vermitteln.

Auszeichnungen demokratischen Engagements

Sächsischer Förderpreis für Demokratie

Der Sächsische Förderpreis für Demokratie zeichnet seit 2007 innovative Projektbeispiele aus der Zivilgesellschaft aus. Er wird zusammen mit der Freudenberg Stiftung, der Sebastian Cobler Stiftung, der Cellex Stiftung und der Dirk Oelbermann Stiftung ausgelobt. Wichtigste Partner*innen sind dabei Elemente der Begeisterung, stern, mdr, diverse Künstler*innen sowie sächsische Staatsminister.

Seit 2014 wird in einer eigenen Kategorie auch offenes, demokratisches Engagement von Kommunen gewürdigt. Insgesamt 771 Einreichungen sind für den Sächsischen Förderpreis für Demokratie seit 2007 eingegangen. 62 Projekte und 5 Kommunen konnten so in den letzten 12 Jahren ausgezeichnet werden. Die hohe Anzahl der Einreichungen ist ein lebendiger Ausschnitt des vielfältigen Engagements in Sachsen für gelebte Demokratie.

Die Preisverleihung fand am 9. November in der Semperoper Dresden statt. Verliehen wurde ein Projektpreis (51 Bewerbungen), ein Sonderpreis „Schule“ (22 Bewerbungen) und ein Kommunenpreis (5 Vorschläge). Aus den 78 Einreichungen hatte die Jury sieben Initiativen nominiert:

- Agenda Alternativ e.V., Schwarzenberg
- Brückenbauer Chemnitz e.V.
- CSD Pirna e.V. mit dem Begegnungszentrum zur Förderung der Akzeptanz sexueller und geschlechtlicher Vielfalt
- Internationale Begegnungszentrum St. Marienthal und die Stadt Ostritz
- Lauter Leise e.V. Kunst und Demokratie in Sachsen mit dem Projekt Arrive!
- Refugee Law Clinic Leipzig e.V.
- Romano Sumnal e.V. – Verein für Roma in Sachsen

Auf der Agenda für 2018 standen daneben weiterhin der dringend fällige Relaunch der Webseite sowie der geplante „Demokratieatlas“ – eine Publikation, die die bisherigen Nominierten und Preisträger in ihren Regionen vorstellt; als potentieller Partner ist dafür die Landeszentrale für politische Bildung im Blick.